



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

IX/234 - 15.10.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Hinweise

auf den Inhalt:

Das Agententreffen in Leipzig	S. 1
Finnland ohne Regierung	S. 3
BVN und die Wiedergutmachung	S. 5
Das Kandidat der CDU - Grenzen ihrer sozialpolitischen Aktivität	S. 6

Ein durchschauter SED-Schwindel

OB. Unter grosser Aufmachung hat das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" und mit ihm die gleichgeschaltete Zonenpresse von einem Treffen in Leipzig berichtet, auf dem sich 160 angebliche "Sozialdemokraten" mit der von Ulbricht angeführten SED-Prominenz verbrüdert haben sollen. Nur wenige Stunden später konnte der Parteivorstand der SPD feststellen, dass kein SPD-Funktionär an solchen Verhandlungen teilgenommen hat. Die Untersuchungen des Ostbüros der SPD ergaben eindeutig, aus welchen Kreisen sich die westdeutschen Konferenzteilnehmer in Leipzig zusammengesetzt haben. Es waren in der Mehrzahl Funktionäre der KPD und ihrer Ternorganisationen, die in der vorangegangenen Zeit bereits mehrfach in Zonenbetrieben als "westdeutsche Arbeiterdelegationen", als "Mitglieder des DGB" oder als "gewerkschaftsregelte Friedenskämpfer" herangezogen worden sind. Diesmal haben sich diese gewerkschaftsmässigen Agenten als "Mitglieder und Funktionäre der SPD" ausgeben, um der SED-Führung einen neuen Propagandastoff zu liefern.

Dass dieses Propagandentheater gerade jetzt über die Bretter ging, ist wirklich kein Zufall, denn die SED hat inzwischen deutlich bemerken müssen, dass ihre grossangelegte Wahlkampagne ein Schlag ins Wasser geworden und gescheitert ist. Besonders aus den Betrieben Mitteldeutschlands sind in diesen Tagen alarmierende Meldungen im ZK der SED eingetroffen. Danach boykottieren die Arbeiter die Wahlversammlungen und "Rechenschaftslegungen". Gleichzeitig sind die Parolen zur Ungültigmachung der Wahlscheine und zur Ablehnung des SED-Wahlblocks nicht zum Schweigen zu bringen.

Diese Krisenzeichen für die SED haben bereits im "Vorbereitenden Komitee für die Volkswahlen" zu ersten Auseinandersetzungen geführt. Kaderchef

Schirdewan erklärte dort: "Ernster (als das Versagen der FDJ - die Red.) ist ein anderes Problem, nämlich das Anwachsen des Sozialdemokratismus in allen Bezirken der DDR". Matern, Vorsitzender der Zentralen Partei-Kontroll-Kommission, ging noch weiter und fügte hinzu: "Viele Genossen, auch in einflussreichen Positionen, sind mit vollem Bewusstsein parteifeindlich eingestellt. Der Sozialdemokratismus wird fast gar nicht, oder nur sehr zaghaft bekämpft."

Hier zeigt sich, wen die SED sehr klar als Hauptträger des Widerstandes in der Zone erkennt: die Arbeiterschaft nämlich, die treu zu ihren sozialdemokratischen Traditionen steht. Diese festgefügte Front, die in der Sozialdemokratie ihren moralischen und ideologischen Rückhalt hat, soll aufgeweicht werden. Was bislang trotz Verleumdungen, Hetze und Terror vergeblich versucht wurde, soll nun "andersherum" klappen. Die Konferenz mit den 160 KP-Agenten verfolgt eindeutig das Ziel, das Vertrauen der mitteldeutschen Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie zu unterminieren.

Das Manöver ist jedoch zu billig, um ernstgenommen zu werden. Ulbricht mag sich erinnern, dass er bereits einen Monat zuvor den gleichen Teilnehmerkreis nach Leipzig zitierte, um ihn dort als "Gesamtdeutsche Arbeiter- und Gewerkschaftskonferenz" zu präsentieren. Dieser Versuch war genauso verpufft wie der jüngste, und auch die Popularität dieses Pankower Leninepigonen ist dadurch in seinem Leipziger "Wahlbezirk" nicht gewachsen.

Die Arbeiter der Sowjetzone lassen sich nicht täuschen. Eine andere Frage ist, wie lange die Sowjets sich durch solche Marionettenvorführen täuschen lassen wollen. Hat man auf sowjetischer Seite nichts aus dem Juni-Aufstand der mitteldeutschen Arbeiter gelernt? Glaubt man denn auf sowjetische Seite, dass dieses Leipziger Ulbricht-Allerlei imstande wäre, die antikommunistische Front der von der Sozialdemokratie geführten deutschen Arbeiterbewegung aufzuweichen?

Es wäre gut, wenn man in Moskau sich einmal über die wahre Situation in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands objektiv informieren würde. Allerdings genügt es nicht, wie es kürzlich der Moskauer Außenminister Molotow getan hat, eine Fünf-Tagereise a la Potemkin durch die Sowjetzone zu unternehmen. Wenn man sich in Moskau entschliessen könnte, anstelle der Pankower Scheinwerte reale Bewertungsmaßstäbe anzulegen, dann würden sich vielleicht für die Sowjets auch Folgerungen zur Führung einer wirklichkeitsnahen Deutschlandpolitik ergeben.

Regierungskrise in Finnland

KRK, Helsingfors

Der jetzt zurückgetretene Chef der finnischen Regierung Ralf Thörnqren, ist Angehöriger der schwedischsprechenden Minderheit des Landes. Sein Verhandlungsgeschick und die Unmöglichkeit, die Ansprüche der zahlenmässig gleichstarken Sozialdemokraten und Agrarier auf einen Nenner zu bringen dergestalt, dass entweder ein Sozialdemokrat oder ein Agrarier Ministerpräsident werden konnte - diese beiden Umstände brachten Ralf Thörnqren an die Spitze einer Regierung, die trotz alledem im Grunde schon eine agrarisch-sozialdemokratische Koalitionsregierung war, denn die Schwedische Volkspartei, deren Vorsitzender Thörnqren ist, gab mit ihren 16 Mandaten keinen Ausschlag.

Fast alle finnischen Regierungskrisen der letzten Jahre entsprangen dem Umstand, dass die beiden grossen Parteien nicht nur gleichstark sind, sondern auch absolut gegensätzliche Wählergruppen vertreten: die Sozialdemokraten sind die Partei der Verbraucher, die Agrarier die Partei der Erzeuger. Auch diesmal geht der Streit um die Frage, wie der Gegensatz von Erzeugern und Verbrauchern gelöst werden kann.

Die Löhne der finnischen Arbeiter und Angestellten sind indexgebunden. Der Index der Lebenshaltungskosten ist in den letzten Wochen so gestiegen, dass er sich der magischen Grenze nähert, jenseits welcher die automatisch eintretenden Lohn erhöhungen inflationstreibend wirken müssen. Die Agrarier aber wollen von einer Herabsetzung der Lebensmittelpreise nicht nur nichts wissen, sondern fordern im Gegenteil noch Preissteigerungen für gewisse Waren. Die Sozialdemokraten verlangen eine Senkung des Lebensmittelindex, die agrarischen Bestrebungen aber müssen zu dessen Steigerung führen.

In dieser schwierigen Lage setzte die Regierung Thörnqren ein ökonomisches Komitee ein, das die Aufgabe zugewiesen bekam, eine für die Parteien und die Wirtschaft des Landes erträgliche Ausgleichslösung zu finden. Thörnqren selbst aber ging, während das Komitee seine Arbeiten begann, nach Dänemark auf einen wohlverdienten Zweiwochenurlaub. Nach seiner Rückkehr übergab der Ministerpräsident den Parteien das vom ökonomischen Komitee ausgearbeitete Programm, das zum Teil durch Subventionen aufzufangende Preissenkungen und Steuererhöhungen auf Luxuswaren wie Tabak und Schnaps vorsieht, der Staatskasse sollen nicht weniger

als etwa 100 Millionen M an neuen Einnahmen zugeführt werden. Die beiden Grossparteien bekamen vom Ministerpräsidenten ein Ultimatum, das zuletzt bis Donnerstag mittag befristet war und die unveränderte Annahme des Kommissionsentwurfs verlangte. Die Frist lief ab und die Regierung Thörngren trat tatsächlich zurück.

Schon während der Abwesenheit des Regierungschefs begann dessen wendiger, zu Intrigen neigender Aussenminister, der Agrarier Urjo Kekkonen, politische Unterhandlungen mit dem Ziele, Thörngren zu beseitigen und an die Stelle von dessen Regierung eine ^{offizielle} sozialdemokratisch-agrarische Koalition zu setzen. Natürlich mit ihm selbst, Kekkonen, als Ministerpräsident. Ob sein Spiel erfolgreich sein wird, ist zur Stunde noch offen.

+ + +

Gegen westdeutsche Wiederbewaffnung

Die belgischen Jungsozialisten, in der "Föderation junger Sozialisten" zusammengeschlossen, hielten kürzlich ihren Vollkongress ab. Die zeitweise sehr stürmischen Debatten drehten sich sehr stark um die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und eine Stellungnahme zu dem Gegensatz Westen - Osten. Während eine Brüsseler Richtung das Scheitern der EWG bedauerte und sich zu der Politik Henri Spaaks bekannte, sprach sich die Mehrheit der Redner gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aus.

Mit 35 gegen 21 Stimmen wurde schliesslich eine Entschliessung angenommen, die unter Ablehnung der Integrationspolitik mit Westdeutschland allein die Eröffnung von Verhandlungen mit Russland mit dem Ziele der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen fordert. Die in London vorgesehene Wiederbewaffnung Westdeutschlands wird in der Resolution verworfen. Weiter forderten die Jungsozialisten die Aufnahme Peking's in die UNO und eine internationale Aktion zur allgemeinen, gleichzeitigen und kontrollierten Abrüstung.

-pt

+ + +

Zweilichtige Tagung

Von Max Kukil, Mitglied des Parteivorstandes

Der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) bzw. der Bund für Freiheit und Recht (BFR) ist in den letzten Jahren sowohl in seinem Gesamtverband als auch in den einzelnen Landesverbänden von einer Krise in die andere geschlittert. Schuld daran waren nicht nur die vielfach vorgenommenen einseitigen Stellungnahmen zugunsten der Bundesregierung, sondern auch Differenzen zwischen den Vorstandsmitgliedern auf persönlichen und finanziellen Gebiet. Im Februar dieses Jahres wurde nun aus dem BVN bzw. BFR in Niederbreisig (Kreis Mhrweiler) die Gründung einer sogenannten Dachorganisation für antikommunistische Verfolgtenverbände vorgenommen, die sich Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen nennt.

Zum Vorstand gehören zum Teil Personen, die bereits aus dem BVN/BFR bekannt sind. Sozialdemokraten, die zur Übernahme von Ämtern in der sogenannten Dachorganisation aufgefordert wurden, haben die Übernahme von Funktionen mit entsprechender Begründung abgelehnt. Die Frage der Wiedergutmachung sowie die rechtliche Anerkennung der Widerstandskämpfer ist eine politische Frage, die im Parlament ausgekämpft werden muss. Wie es dabei aussieht, hat die Praxis bewiesen, indem länger als neun Jahre nach dem Zusammenbruch des Nazi-Systems die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Parteien weder zu einer befriedigenden noch abschließenden Regelung in der Wiedergutmachung gekommen sind. Das Unrecht, das nun hier gegenüber Zehntausenden von Menschen, die Beruf, Gesundheit und oftmals ihr Leben eingesetzt haben, weiter besteht, belastet die Verantwortlichen täglich aufs neue.

Der erwähnte Zentralverband veranstaltet in den letzten Tagen eine Einladung nach Bonn und in Auftrage der BILDZU zu einem III. Ordentlichen Kongress der Widerstandskämpfer vom 16. bis 19. Oktober im Bonner Bundeshaus. Bisher ist nur bekannt, dass der Zentralverband bis auf wenige Einzelpersonen der BVN bzw. BFR ansetzt, den nun wahrscheinlich mit dem neuen Namen zu neuem Leben erwecken will. Diese Organisation ist nicht berufen, im Namen der Widerstandskämpfer oder aller Verfolgtenorganisationen zu sprechen, denn weder die Arbeitsgemeinschaft ehemals politisch verfolgter Sozialdemokraten noch die Organisationen der russisch Verfolgten gehören dem Zentralverband an, und zwar aus wohlverstandenen Gründen, die in der Praxis des BVN bzw. BFR liegen. Die Arbeitsgemeinschaft ehemals politisch verfolgter Sozialdemokraten hat ihre Mitglieder, soweit sie Einzuleinladungen erhalten haben, aufgefordert, sich an dieser Veranstaltung nicht zu beteiligen.

15.10.1954

Auf der Tagung in Bonn soll u.a. der Bundesfinanzminister Schäffer über den Stand der Wiedergutmachung sprechen. Wir wissen, dass bisher alle wohlmeinenden Vorschläge auf dem Gebiet der Wiedergutmachung in der Hauptsache am Mangel an gutem Willen der Bundesregierung und z.T. am Ministerialbürokratismus gescheitert sind. Soll die Rede des Bundesfinanzministers auf der Tagung eine Rechtfertigung für die verzögerte und ungenügende Wiedergutmachung sein?

Als Teilnehmer aus dem Ausland wird u.a. der Minister Ludwig aus Österreich genannt. Da es z.Zt. in der Republik Österreich keinen Minister namens Ludwig gibt, entsteht die Frage, ob es sich hierbei um den Minister a.D. Ludwig handelt, der unter der Regierung Dollfuß und Schuschnigg in der Zeit des Heimwehrrfaschismus Informationsminister gewesen ist. Ein solcher Delegierter wäre, auch wenn er nach der Besetzung Österreichs in Gegensatz zum Nationalsozialismus geraten ist, nicht geeignet, als Widerstandskämpfer aufzutreten, denn er hat im Jahre 1934, als die österreichischen Arbeiter gegen den Heimwehrrfaschismus auftraten, nicht auf der Seite der Verteidiger der Freiheit gestanden.

+ + +

Die vernachlässigte Innenpolitik

U.B. Die größte Regierungspartei, die CDU/CSU, hat in verschiedenen Äußerungen der letzten Zeit verkündet lassen, dass sie nunmehr die Absicht habe, sich mehr den ungelösten Problemen der Innenpolitik zuzuwenden. Ausgelöst wurde der Drang zu einer verstärkten innerpolitischen Aktivität durch den für die CDU fast katastrophal zu nennenden Stimmenrückgang in Schleswig-Holstein und durch die regelässig im Auftrag des Bundeskanzlers durchzuführenden monatlichen Untersuchungen über die Stimmung in der Bevölkerung; sie zeigen fast durchweg ein allseitiges Absinken der CDU.

Wo liegen die Ursachen? In der Vernachlässigung der Innenpolitik, sagen die alarmierten Parteistrategen der CDU und sie dürften damit nicht einmal daneben geraten haben. Die Überaktivität im Bereich der Außenpolitik und die Vernachlässigung der inneren Ordnung des bundesrepublikanischen Hauses musste viele CDU-Anhänger irritieren. Nichts ist für den Bonner Kurs und für das Bonner Parlament bezeichnender als die Tatsache, dass das einzige grössere Gesetzeswerk, das vom Zweiten Bundestag angenommen wurde, militärischer Natur ist, nämlich das Mehrgesetz. (Es muss übrigens - welche Ironie! - wieder aus dem Grundgesetz gestrichen werden, nachdem die Voraussetzungen seit dem Zusammenbruch der EWG-Konstruktion nicht mehr bestehen).

Es gehört nicht viel Weitsicht zur Voraussage dazu, dass leider auch für die Zukunft das Denken und Fühlen der Koalition wesentlich durch die aufzustellenden westdeutschen Divisionen bestimmt sein wird. Der Vorrang des Militärischen liegt als ein schwerer Alpdruck auf der deutschen Innenpolitik, er trübt die Sicht für die Risse und offenen Wunden unseres Sozialgefüges und schwächt die Kraft, sie zu heilen.

Nach unwidersprochen gebliebenen vorläufigen Zahlenangaben werden Aufstellung und Ausrüstung der vorgesehenen 12 westdeutschen Divisionen für die nächsten drei Jahre die Riesensumme von 40 bis 60 Mrd. Mark verschlingen; die hitlersche Wiederaufrüstung in einem nicht geteilten Deutschland kostete von 1933 bis 1939 dem deutschen Volk 90 Mrd. Mark und jedermann weiss, dass die Einstellung des Wohnungsbaues dafür nur der geringste Preis war. Ausserdem gab es zu jener Zeit keine Millionen Ostvertriebener, keine zerstörten Städte, und auch die Zahl der Kriegsoffer, der Witwen und Waisenkinder war, gemessen an der heutigen Riesenheer dieser Unglücklichen, verhältnismässig gering. Immerhin konnte damals, wenn auch unter schweren Störungen, die deutsche Wirtschaft die Lasten der Wiederaufrüstungspolitik des Dritten Reiches tragen. Unter den heute gegebenen Verhältnissen aber muss die vorgesehene westdeutsche Wiederaufrüstung in ihrem Umfang und in ihrem Tempo die Sprünge in unserem Sozial- und Wirtschaftsgefüge zu unüberbrückbaren Klüften erweitern.

Diese Sorge klingt nicht nur in den Entschliessungen des DGB-Kongresses in Frankfurt mit, sie steht als Pate hinter den Bestrebungen eines Teiles der CDU, die Sozialpolitik zu aktivieren und sie vom Nebenschauspiel auf ein Hauptspiel zu schieben. Doch niemand kann über seinen eigenen Schatten springen. Arbeitsminister Storch ist heute noch nicht in der Lage, auch nur die Verisse der in der Regierungserklärung vom Oktober 1953 vom Kanzler angekündigten "umfassenden Sozialreform" dem Parlament vorzulegen. Das liegt gar nicht so sehr an dem Fehlen ausreichender statistischer Unterlagen, die für diese Neuerung benötigt werden, sondern vielmehr in der Passivität der Gesamtkoalition, in der restaurative und allen sozialpolitischen Notwendigkeiten sich verschliessende Kräfte die Oberhand besitzen.

Allen Vorlesern der Regierung auf diesem so bedeutungsvollen Gebiet haftet der Mangel des Unzulänglichen, des Provisorischen und oft auch des oft Unzumutbaren an, es fehlt ihnen der grosse, zukunftsweisende und die verschiedensten Schichten unseres Volkes versöhnende

15.10.1954

Entwurf. So schreit das deutsche Rentnerland zum Himmel. Doch das von Storch begründete Rentenverbesserungsgesetz schliesst einen Großteil aller Rentner von der Erhöhung ihrer Bezüge aus und die Erhöhungen selbst betragen im Monat für Hunderttausende Rentenbesitzer nicht mehr als eine bis drei Mark. Die Behandlung unserer Alten und Schwachen, der Kriegsoffer, der Witwen und Waisen gerät überhaupt zu den traurigsten Kapiteln der deutschen Nachkriegsgeschichte; hier ist ein wirklicher Kulturverfall eingetreten. Diesseits und jenseits der Elbe trägt die Not dieser Menschen die gleichen Züge; die Fürsorge der westdeutschen Regierungs- und Amtstellen für diese grosse Schicht unseres Volkes ist mehr von Gleichgültigkeit als aktiver Hilfsverpflichtung getragen, während drüben nach dem noch grösseren Grundgesetz verfahren wird, dass, wer nicht mehr arbeiten kann, auch nicht mehr lange leben solle. Es ist ein einfacher, barbarischer, den Spartanern entlehnter Grundgesetz, würdig der Menschenverachtung in totalitären Bereichen. Aber wer kann leugnen, dass er in der etwas gemilderten Form einer unzulänglichen Versorgung für unsere Kriegsoffer und Rentner auch bei uns im Westen praktiziert wird?

Als sich heraus ist weder die CDU noch die Gesamtkoalition fähig und in der Lage, die bestehenden sozialen Klüfte in unserem Volke durch wahrhaft integrierende Massnahmen zu überwinden und gefährlichen inneren Zündstoff zu vermindern. Sie sind ja nicht nur Gefangene einer Politik, die den Hauptakzent bundesrepublikanischer Weichheit auf den möglichst raschen Aufbau einer neuen Wehrmacht legt und alle anderen Gesichtspunkte sozialer und politischer Natur in das Hinterstübchen verdrängt, sie sind überhaupt auch Gefangene von Interessenverbänden und Gruppen, denen der Gedanke eines harmonisch gegliederten und sozial mehr oder weniger ausgeglichener Volkstaatens wasserscheu ist.

So bleibt die jetzige und künftige sozialpolitische Aktivität (sofern es nach einem westdeutschen Wahrheitsprinzip eine solche überhaupt noch geben wird und kann) an der Oberfläche haften, sie muss sich mit Hilfsmitteln begnügen, die zwar hier und da dieser oder jener Sondergruppe eine kleine Erleichterung zu bringen vermögen, die offenen Wunden in unserem Volkskörper jedoch weiter schwürzen lassen.